

# Notizen

Vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen über rechtsextrêmes Gedankengut in der Bundeswehr hat Militärbischof Johannes Dyba anlässlich des Neujahrsempfangs der Diözese Fulda erneut gewarnt, einzelne Vorfälle zur pauschalen Verurteilung der ganzen Bundeswehr zu nutzen. Die von den Medien angeprangerten rechtsradikalen Umtriebe entsprächen nicht dem Gesicht und Geist der Bundeswehr. Ebenso hatte sich auch der evangelische Militärbischof Hartmut Löwe für eine rückhaltlose Aufklärung der Vorfälle ausgesprochen, eine rechtsextreme Bewegung innerhalb der Bundeswehr aber bestritten. Der Leiter des Hamburger Instituts für Theologie und Frieden, Heinz-Gerhard Justenhoven, erklärte, die Bundeswehr müsse aufpassen, keine Sammelbecken für Rechtsradikale zu werden. Nötig seien eine „Kultur der politischen Bildung“ und eine grundsätzliche Diskussion über den Auftrag der Bundeswehr.

Mit einem zunächst auf die Dauer von drei Jahren angelegten „Katholischen Fonds für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungsarbeit“ wollen die deutschen Diözesen die Arbeit der sogenannten Eine-Welt-Gruppen unterstützen. Für 1998 bewilligte der Verband der Diözesen eine Million Mark, mit denen vor allem Gruppen auf Gemeindeebene gefördert werden sollen. Nach Mitteilung des für den Fonds verantwortlichen internationalen Missionswerks Missio in München steht im Hintergrund der Entscheidung eine Studie (vgl. HK, Februar 1996, 64 ff.), die gezeigt habe, welches Potential in den christlichen Eine-Welt-Gruppen stecke, daß diese jedoch meist unterhalb ihrer tatsächlichen Möglichkeiten arbeiteten.

Vom 29. Dezember bis zum 2. Januar kamen rund 80000 zumeist jugendliche Teilnehmer in Wien zum 20. von der ökumenischen Brüdergemeinschaft von Taizé (Frankreich) veranstalteten Europäischen Jugendtreffen zusammen. Unter den Teilnehmern waren diesmal rund 26000 Polen, 8000 Jugendliche aus den baltischen Staaten, Rußland und der Ukraine sowie 7000 aus Deutschland und der Schweiz. Grundlage der Gespräche war ein unter dem Titel „Ungeahnte Freude“ veröffentlichter Jahresbrief 1998 des Taizé-Gründers Frère Roger Schutz. In einem Inter-

view mit der Wiener Tageszeitung „Die Presse“ betonte Frère Roger, er und seine Brüder hätten im Umfeld von Taizé nie eine feste Bewegung aufbauen wollen. Man wolle vielmehr den Jugendlichen Mut machen, nach ihrer Rückkehr in die lokalen Pfarrgemeinden zu gehen. Zum Abschluß des Treffens wurde eine Hilfsaktion („Operation Hoffnung“) zugunsten hungernder Menschen in Nordkorea gestartet.

Daß die neue irische Präsidentin, die katholische Juristin Mary McAleese, im Dezember letzten Jahres mit ihrer Familie bei einem anglikanischen Gottesdienst in der Dubliner Christ Church Cathedral die Kommunion empfing, löste eine so heftige wie kontroverse Diskussion in kirchlichen und politischen Kreisen aus. Während etwa der katholische Erzbischof von Dublin, Desmond Connell, die Geste der neuen Präsidentin bei ihrer ersten offiziellen Teilnahme an einem anglikanischen Gottesdienst scharf kritisierte, verteidigte die Dominikanerzeitschrift Doctrine and Life das Handeln von Katholiken, die an der anglikanischen Kommunion teilnehmen unter Hinweis auf die Verständigung der anglikanisch-katholischen Dialogkommission über die Eucharistie. Der irische Premierminister Bertie Ahern sagte im Rundfunk, er wundere sich über die Aufregung und lobte die Bemühungen der Präsidentin, Brücken zwischen den Kirchen zu bauen.

Die französischen Bischöfe verabschiedeten auf ihrer jüngsten Vollversammlung im November 1997 in Lourdes eine Erklärung zur Asyl- und Ausländerpolitik. Die Stellungnahme trägt den Titel „Zum Zusammenleben aufgerufen“ und wurde als ein Dokument der zuständigen Kommission der Bischofskonferenz veröffentlicht (Wortlaut in: Documentation catholique, 7.12.97, S. 1037 ff.). Die Bischöfe sprechen sich darin für eine Richtungsänderung in der Einwanderungspolitik aus. Anstatt eine Politik zu verfolgen, mit der man sich vor Zuwanderung schützen wolle, solle man besser eine positive Politik der Solidarität und der Entwicklungszusammenarbeit mit den Herkunftsländern verfolgen. Die Bischöfe bekräftigten, der Gesetzgeber dürfe unter keinem Vorwand Maßnahmen beschließen, die das Recht, als Familie zusammenzuleben, oder das Recht auf Asyl einschränkten oder die zur Diskriminierung von Ausländern beitragen könn-

ten. Die französischen Bischöfe veröffentlichten ihren Text zu einem Zeitpunkt, an dem in Frankreich heftig um Änderungen in der Ausländerpolitik gerungen wird. Ihre Darlegungen wollen sie als vom Evangelium abgeleitete „Anhaltspunkte“ für die laufende Diskussion verstanden wissen.

Anlässlich der Gründung der Deutschen Kommission Justitia et Pax vor 30 Jahren bezeichnete der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, die Arbeit von Justitia et Pax als weltweites Erkennungszeichen für das katholische Bemühen um eine bessere Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden. In Deutschland habe sich Justitia et Pax vor allem dadurch ausgezeichnet, daß es gelungen sei, unterschiedliche Kräfte der katholischen Kirche zu einem gemeinsamen Ziel zusammenzuführen. Die Kommission sei ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Bischöfen, kirchlichen Werken, Verbänden und katholischen Bewegungen.

Auf Einladung der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) und der Kommission der Europäischen Union stattete eine Gruppe polnischer Bischöfe Brüssel und den europäischen Institutionen im November 1997 einen Besuch ab. Hintergrund der Reise waren die in der Kirche in Polen bestehenden Vorbehalte gegenüber der europäischen Integration. Der Erzbischof von Gnesen, Henryk Muszyński, meinte im Anschluß an die Reise, das Image, das die polnische Kirche in Brüssel habe, sei falsch. Falsch seien aber auch die Vorstellungen von der Europäischen Union, die man sich in Polen mache.

## Im nächsten Heft

- Nach dem Papstschreiben zur Schwangerenberatung
- Sekten in Deutschland
- Die Gemeinschaft von Sant'Egidio
- Protestanten auf Identitätssuche
- Rassismus in den USA
- Brauchen wir eine neue Grundwertedebatte?
- 150 Jahre Schweizer Bundesstaat